

Herr Utsch geht auf seinen bereits in der letzten Ratssitzung eingebrachten Antrag ein. Da in den Fraktionen noch Beratungsbedarf gewesen sei, habe er den Antrag unverändert heute wieder eingereicht. Insofern erübrige sich eine nochmalige Begründung.

Frau Zorlu erklärt, wie schon in der vergangenen Sitzung, dass die SPD den Vorschlag nicht mittrage. U.a. sei der Ausdruck ...die Gemeinde Eitorf **leidet** insbesondere...unglücklich. Hier werde eine ganz andere Auffassung von Schulsozialarbeit dargelegt, wie sie die SPD verstehe. Außerdem stoße man sich an der Formulierung, wonach „*die Weiterbeschäftigung der Schulsozialarbeiter, rechtlich eigentlich nicht möglich sei*“. Im übrigen kritisiert sie die Aussagen zur Finanzierung Bund/Land. Der Text sei schwach formuliert und die SPD-Fraktion könne dem Vorschlag nicht folgen.

Herr Scholz stört sich auch am Begriff „leidet“. Auf seine Frage erklärt Herr Strack noch einmal, dass die Kosten für die Schulsozialarbeit zwar grundsätzlich freiwillige Ausgaben seien, seitens der Kommunalaufsicht allerdings die „Notwendigkeit“ anerkannt wurde.

Herr Meeser erklärt, dass die BfE dem Text zustimme, bittet aber ebenfalls die Formulierung „leidet“ herauszunehmen. Ergänzen möchte er den Text um den Zusatz, dass sich der Bedarf durch die Beschulung von Kindern aus dem Bereich der Asylanten weiter erhöhen werde.

Nach einem Wortbeitrag von Herrn Finke verzichtet Herr Meeser auf diesen Zusatz. Herr Finke schlägt ebenfalls vor, die Formulierung „leidet“ herauszunehmen.

Herr Meeser kritisiert außerdem die Haltung der SPD, die aus kleinlichen und parteipolitischen Gründen eine Resolution, die im Sinne Eitorf sei, blockiere.

Frau Zorlu erklärt, dass man das so nicht stehen lassen könne. Letztendlich sei das Land für etwas eingesprungen, was der Bund beschlossen habe. Teilhabe sei Bundessache. Mit Parteipolitik habe dies nichts zu tun. Auf den Hinweis von Frau Sauer, dass Windeck einen gleichlautenden Text mit den Stimmen der SPD beschlossen habe, erklärt Frau Zorlu, dass man es sich aber nun einmal hier um die Eitorfer SPD und nicht die Windecker handelt.

Schließlich lässt der Bürgermeister über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.